

Sozialistische Partei Südkorea
Parteiprogramm

Ergänzung Nr. 1 ¹

Entsprechend der Änderung des
Parteiprogramms vom 29 November
2009 verabschieden wir hiermit die
Ergänzung Nr. 1

*Bedingungsloses Grundeinkommen und
allgemeine Sozialfürsorge.*

¹ Diese deutsche Übersetzung ist von Min Geum, dem Vorsitzenden der Programmkommission der Sozialistischen Partei Südkoreas autorisiert. Sie basiert auf dem von dieser Partei herausgegebenen englischsprachigen Text „Basic Income for All und Universal Welfare“.

Bedingungsloses Grundeinkommen und allgemeine Sozialfürsorge

Das Grundeinkommen ist ein Einkommen, das alle Mitglieder der wirtschaftlichen Gesellschaft ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne die Bedingung einer Arbeitstätigkeit erhalten. Die Höhe des Grundeinkommens soll als Existenzgrundlage genügen und regelmäßig im Hinblick auf die Inflation angepasst werden. Zusammen mit einer Grundversorgung, die in Form von Gütern und Dienstleistungen in den Bereichen medizinische Versorgung, Bildung, Wohnen, Kinder- und Altenbetreuung bereitgestellt wird, stellt das Grundeinkommen eine Lösung für das Problem

der wirtschaftlichen Ausgrenzung von Menschen dar. Das Grundeinkommen bildet das Kernelement einer fortschrittlichen alternativen Wirtschaft, mit der der Neoliberalismus überwunden wird. Gleichzeitig ist es auch der Schlüssel zu einer neuen Demokratiebewegung und zur Erschaffung der *sozialen Republik* – einer Republik für alle Menschen, in der sozio-ökonomische Gemeinsamkeit und sozial garantierte Gleichheit auf der Ebene Staat und Politik durch die Überwindung der Ausgrenzung sichergestellt sind.

Um zu verdeutlichen, welche Bedeutung die Einführung von Grundeinkommen und allgemeiner Sozialfürsorge für die Bemühungen zum

Beenden von Ausgrenzung in wirtschaftlicher und staatlicher Gesellschaft hat, verabschieden wir hiermit die Ergänzung Nr. 1 zum Parteiprogramm:

Bedingungsloses Grundeinkommen und allgemeine Sozialfürsorge.

1 Eine Wirtschaft ohne Ausgrenzung

Alle Menschen, mit Ausnahme der Vermögenden, erhalten Einkommen durch Arbeit. In einer Gesellschaft, in der niemand auch nur überleben kann, ohne zu arbeiten, es gleichzeitig aber nie ausreichend Stellen gibt, Beschäftigung unsicher ist und Vollbeschäftigung nicht erreicht werden kann, stellt das Grund-

einkommen die einzige Möglichkeit dar, der Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben entgegenzuwirken. Ein ausreichendes Grundeinkommen ermöglicht auch den von der Möglichkeit der Lohnarbeit Ausgeschlossenen und bei unsicherer Beschäftigung das Bestreiten der Lebenshaltungskosten. Es ist die einzige Alternative, mit deren Hilfe Menschen, die gegen ihren Willen arbeitslos sind, Vertragsarbeiter in instabiler Beschäftigung, Hausangestellte und im Bereich Betreuung Tätige, sämtliche Arten von „Schatten-Arbeitern“, säumige Schuldner, Obdachlose und in Armut lebende alte Menschen nicht von der wirtschaftlichen Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Im heutigen Kapitalismus liegt der Lohn, bei dem Vollbeschäftigung möglich ist,

noch unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Durch eine auf diese Weise erreichte Vollbeschäftigung würden sich die erbärmlichen Lebensbedingungen für die erwerbstätigen Armen noch weiter verschlechtern. Im Kapitalismus, wie wir ihn heute vorfinden, führt das Wirtschaftswachstum lediglich zu einer Abnahme der Beschäftigung. Der Rückgang der Beschäftigung wird also mit keiner aktiven Arbeitsmarktpolitik verhindert. Auch zeugt die Erwartung, durch aktive Arbeitsmarktpolitik würde die Flexibilität des Arbeitsmarktes bekämpft und eine Mindeststabilität gewährleistet, von übertriebenem Optimismus. Nur mithilfe eines Grundeinkommens und einer Grundversorgung wird durch die aktive Arbeitsmarktpolitik

das ursprüngliche Ziel erreicht, nämlich die Vorbereitung auf die Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur und das Voranbringen einer Umstrukturierung der Industrie. Zudem bedeutet die Knüpfung staatlicher Transferleistungen an die Verpflichtung zur Aufnahme einer Arbeit in einer Gesellschaft, in der es nicht in ausreichender Zahl Stellen gibt, Stigmatisierung und Bestrafung für diejenigen Menschen, die gegen ihren Willen ohne Arbeit sind. Ohne ein ausreichendes Grundeinkommen sind sogar Stellen im sozialen Bereich, die in der medizinischen Versorgung, in der Bildung und in den Bereichen Wohnen, Kinder- und Altenbetreuung durch Förderung der Grundversorgung entstehen sollen, lediglich minderwertige Arbeitsstellen, mit denen

man seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten kann.

Wie dargelegt wurde, stellt das Grundeinkommen die einzige Alternative dar, mit der die wirtschaftliche Ausgrenzung von Menschen im heutigen Kapitalismus beendet werden kann, in dem die Beschäftigung immer weiter sinkt. Das Grundeinkommen sichert Arbeitslosen zwar ein Einkommen, reicht jedoch nicht aus, um die Ausgrenzung der Menschen von Arbeit und Produktion vollständig aus der Welt zu schaffen. Diese Art Ausgrenzung lässt sich unmittelbar nur durch die Schaffung von Stellen beenden. Im Zeitalter des Wandels kann die Rückkehr zum Traum einer Gesellschaft mit Vollbeschäftigung jedoch nicht die Antwort sein. Im heutigen Kapitalismus

steht man deshalb nicht vor der Entscheidung, ob man eine Gesellschaft in Vollbeschäftigung verwirklicht, indem man mehr Arbeitsplätze schafft, oder ob man ein Grundeinkommen einführt, durch das eine Gesellschaft ohne wirtschaftliche Ausgrenzung entsteht. Ersteres ist eine Illusion, die sich nicht verwirklichen lässt, Letzteres dagegen eine realistische Möglichkeit, eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung zu schaffen. Ersteres war das höchste Ideal des veralteten Systems, das auf Lohnarbeit aufbaut, während Letzteres ein alternatives Übergangsmodell für den Wandel von der derzeitigen Gesellschaft mit sinkender Beschäftigung hin zu einer künftigen, von Lohnarbeit befreiten Gesellschaft darstellt.

Das Grundeinkommen ist jedoch kein defensiver Lösungsvorschlag, bei dem Menschen nur im Hinblick auf den Konsum wieder in die Gesellschaft integriert werden, aber gleichzeitig außer Acht gelassen wird, dass nach wie vor Menschen von der Produktion ausgeschlossen sind. Vielmehr handelt es sich beim Grundeinkommen um eine Lösung zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Lohnarbeitern und gleichzeitig um eine Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Sobald ein Grundeinkommen zur Verfügung steht, mit dem sich der Lebensunterhalt bestreiten lässt, sinkt die Motivation der Arbeiter, gesundheitsgefährdende schwere Arbeit zu leisten. Auch unfreiwillige Arbeit und Überarbeitung

werden abnehmen, sodass die Arbeitszeit sinken wird. Eine geringere Arbeitszeit durch das Grundeinkommen führt zur Aufteilung von Arbeitsplätzen. Mit abnehmender Überarbeitung steigt also das Angebot an Stellen. Zudem verleiht das Grundeinkommen den einzelnen Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt mehr Verhandlungsspielraum, sodass auch die Gewerkschaften mehr Spielraum erhalten, wodurch sich bessere Voraussetzungen bei den Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen ergeben. Das Grundeinkommen sorgt also für Innovationen in der Lohnarbeitsgesellschaft: Die Lohnarbeitsgesellschaft wird menschlicher, die Arbeitnehmer erhalten mehr Handlungsspielraum, und

durch den Effekt der Teilung von Arbeitsplätzen entstehen neue Stellen. Zudem werden durch das Grundeinkommen arbeitslose Menschen in die wirtschaftliche Gesellschaft integriert, und es entsteht eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Gleichzeitig nimmt auch die Ausgrenzung ab, die in der Lohnarbeitsgesellschaft stattfindet. Egal, unter welchem Gesichtspunkt man es betrachtet – das Grundeinkommen ist die Voraussetzung für die Schaffung einer Wirtschaft ohne Ausgrenzung.

2 Von selektiver Sozialfürsorge zu allgemeiner Sozialfürsorge, von karitativer Solidarität mit sozial Schwachen zu Gleichberechtigung

In Südkorea ist Sozialfürsorge seit jeher selektiv und nur für Arbeitslose und in Armut Lebende bestimmt, sodass es sich stets um eine Art institutionalisiertes Mitleid handelt. Die Leistungsempfänger sollen sich für den Erhalt der Mittel schämen und sich verpflichtet fühlen, sich so schnell wie möglich aus dieser Position zu befreien. In einer Gesellschaft der Polarisierung von Reichtum und Armut, in der erträgliche Arbeitsstellen immer seltener werden, kommt eine so gestaltete Sozialfürsorge geradezu einer

Bestrafung gleich. Außerdem ist das gegenwärtige System nur ein ergänzendes Relikt und baut auf der Bedingung auf, dass Mittelempfänger bereit sind, zu arbeiten, wann immer dies möglich ist. Sozialfürsorge ist also nie eine allgemeine Sicherung für alle Menschen gewesen, sondern nur ein absolutes Minimum, damit Hiobsbotschaften über Fälle von Tod durch Verhungern vermieden werden können. Durch diese selektive, von Mitleid motivierte, residuale Sozialfürsorge bekam selbige in der unteren Schicht und der Mittelschicht ein negatives Ansehen. Eine Ausweitung der Sozialfürsorge bedeutete lediglich eine größere Steuerlast. Es wurde zur vorherrschenden Wahrnehmung, dass es sich

bei Sozialfürsorge nicht um ein verdientes Recht, sondern um Wohltätigkeiten des Staates handelte, die nur als zusätzliches Netz der sozialen Sicherheit sinnvoll seien. Ein Bewusstsein für und der Wunsch nach Sozialfürsorge können sich in einer Gesellschaft, in der die untere Schicht und die Mittelschicht diese praktisch nicht kennen, nicht entwickeln. Daraus folgt jedoch nicht, dass das Empfangen von Sozialleistungen automatisch zu einem solchen Bewusstsein führt. Auch eine allmähliche, in Phasen ablaufende Verbesserung der Grundversorgung in den Bereichen medizinische Versorgung, Bildung, Wohnen, Kinder- und Altenbetreuung führt nicht sofort dazu, dass sich ein solches Bewusstsein entwickelt. Hierdurch ergeben sich lediglich eine

größere Gruppe von Mittelempfängern und mehr Erfahrungen mit Sozialfürsorge. Grundlage der allgemeinen Sozialfürsorge ist dagegen das Bewusstsein, dass es sich hierbei um ein universelles Recht handelt. Ein solches Bewusstsein wird nur dann in der Allgemeinheit entstehen, wenn Sozialfürsorge nicht als Wohltätigkeit, sondern als allgemeines Recht verstanden wird. Als Voraussetzung hierfür muss eine Loslösung von der selektiven Betrachtungsweise der Sozialfürsorge erfolgen.

Selektive Ansätze legen die Voraussetzungen und Einschränkungen für den Erhalt von Sozialfürsorge fest, und es werden nur jeweils für die besondere Situation des einzelnen Empfängers Leistungen bereitgestellt.

Beim auf Mitleid aufbauenden selektiven Ansatz ist die Bereitschaft der Mittelempfänger, Arbeit anzunehmen, Voraussetzung, was dem Konzept vom subjektiven Recht auf Sozialfürsorge stark zuwiderläuft. Andererseits wird mit dem auf gesellschaftlicher Solidarität aufbauenden selektiven Ansatz versucht, den Aspekt von Sozialfürsorge als Mitleidshandlung zu überwinden, wobei jedoch gleichzeitig der selektive Charakter beibehalten wird. Bei diesem Ansatz werden Sozialleistungen als Unterstützung für die benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft durch die Privilegierteren verstanden. Auf welcher Philosophie sie aber auch aufbauen, selektive Ansätze sind immer stark eingeschränkt, da Sozialfürsorge hier nicht als ein Recht

verstanden werden kann, über das alle Menschen gleichermaßen verfügen. Hinter allen selektiven Ansätzen verbirgt sich jenes traditionelle Verständnis von Sozialfürsorge, das seinen Ursprung in den englischen „Poor Laws“ des 17. Jahrhunderts hat. Dieses mag von Mitleid bzw. Solidarität mit benachteiligten Menschen geprägt sein, aber wie auch immer es sich darstellt, Sozialfürsorge wird dabei stets als Ergänzung zum Markt betrachtet. Wie viel mehr Geld im Rahmen des selektiven Fürsorgesystems auch für die Sozialfürsorge aufgebracht wird, so ändert dies jedoch nichts daran, dass diese von ihrem Wesen her eine Ergänzung ist.

Ein Grundeinkommen wird allen Menschen zur Verfügung gestellt, ohne

Bedürftigkeitsprüfung und ohne die Bedingung, dass sie arbeiten. Es ist weder eine Mildtätigkeit der staatlichen Gesellschaft angesichts der elenden Situation Einzelner, noch ist es Ausdruck einer sozialen Solidarität mit benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft. Vielmehr ist das Grundeinkommen ein Grundrecht, das auf der Sichtweise aufbaut, dass alle Menschen – unabhängig von Vermögen und Arbeitsstatus – gleichermaßen Teil der Gesellschaft sind und somit alle Menschen es verdienen. Durch die Realisierung eines Grundeinkommens sind nicht mehr besondere Umstände wie Armut, Krankheit oder Unvermögen die Voraussetzung für Sozialfürsorge, sondern es gilt für alle Menschen eine allgemeine

Bedingung, etwa dass sie Menschen sind, Mitglieder der Gesellschaft oder Bürger. Entsprechend den Prinzipien der Demokratie müssen für den Erhalt des Grundeinkommens keine besonderen Voraussetzungen erfüllt werden. Es genügt, dass die Empfänger Bürger sind. Die selektive Sozialfürsorge, die auf dem Konzept der gesellschaftlichen Solidarität aufbaut, unterscheidet sich also grundlegend von der allgemeinen Sozialfürsorge für alle, deren zentrales Element das Grundeinkommen ist. Die Unterschiede beziehen sich nicht nur darauf, auf welche Weise und in welchem Umfang Mittel aufgebracht werden. Auch die Einstellung zur Einbeziehung von Bürgern ist anders. Zwischen den beiden Sichtweisen besteht also ein erheblicher

gesellschaftsphilosophischer Unterschied. Deshalb dient das Grundeinkommen quasi als Auslöser für eine Loslösung von der karitativ solidaritätsorientierten Betrachtungsweise und für die Weiterentwicklung zur wirklichen Einbeziehung aller Menschen auf der Grundlage der substantziellen Gleichberechtigung aller.

Das politische Prinzip der demokratischen Souveränität baut auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen auf: Ob reich oder arm, alle Menschen haben gleichermaßen das Recht zu wählen. Auf diesem Grundsatz basiert auch das Grundeinkommen: Alle Menschen bekommen ein Einkommen in derselben Höhe, und sie müssen dafür nur eine einzige Voraussetzung erfüllen, nämlich die, Bürger zu

sein. Es gibt keinerlei Bewertung bestimmter wirtschaftlicher Umstände, etwa eine Bedürftigkeitsprüfung oder Anforderungen in Bezug auf die Arbeitstätigkeit. Das Grundeinkommen zeigt deutlich, dass der Kern der allgemeinen Sozialfürsorge darin besteht, dass das System der Fürsorge sich mit dem der Demokratie deckt. Durch das Grundeinkommen wird die allgemeine Sozialfürsorge zum Bestandteil demokratischer Souveränität. Sozialfürsorge ist dann keine Ergänzung mehr, sondern eine Voraussetzung für Demokratie, ein Erfordernis für die Staatslegitimation, das bedingungslos erfüllt werden muss.

3 Durch Grundeinkommen und allgemeine Sozialfürsorge zur Sozialen Republik

Man kann nicht von der vollkommenen demokratischen Souveränität sprechen, auch wenn allen Menschen ein aktives und passives Wahlrecht zugesprochen ist. Das Prinzip der demokratischen Souveränität kann erst dann als vollkommen realisiert betrachtet werden, wenn allen Menschen ein durchschnittlicher Lebensstandard ermöglicht werden kann und sie über ein ausreichendes Einkommen mit garantierter grundlegender Versorgung in den Bereichen medizinische Versorgung, Bildung, Wohnen sowie Kinder- und Altenbetreuung verfügen. Erst unter diesen

Bedingungen haben endlich alle Menschen die soziale Voraussetzung, politische Souveränität auszuüben, und erst damit werden alle zum realen Souverän der Republik. Die allgemeine Sozialfürsorge, einschließlich Grundeinkommen, ist der Ausgangspunkt realer demokratischer Souveränität. Sie bietet die existenzielle Grundlage eines politischen Staates und stellt die Mindestvoraussetzung für die Weiterentwicklung zu einer besseren Gesellschaft dar. Nur eine soziale Republik, in der mithilfe eines Grundeinkommens und einer Grundversorgung sozioökonomische Gemeinsamkeit von allen Bürgern hergestellt wird, kann als eine demokratische Republik zu gelten.

In einer sozialen Republik gilt Sozialfürsorge nicht als eine Wohltätigkeit, die dem Menschen vom Staat verteilt wird, sondern als ein universelles Recht, über das alle Menschen gleichermaßen verfügen. Eine soziale Republik ist ein emanzipierter Wohlfahrtsstaat auf der Grundlage gleicher sozialer Rechte aller Menschen, aber keineswegs ein karitativer Versorgungsstaat, in dem die Schwachen als mitleidwürdiges Wesen betrachtet werden: Sie ist ein dynamischer Sozialstaat, der auf der sozialen Gemeinschaft aller Menschen aufbaut und an dem alle Menschen teilhaben. Eine solche Gleichberechtigung aller auf der sozialen Ebene wird am deutlichsten durch ein Grundeinkommen verkörpert. Das Grundeinkommen basiert auf

einem universellen Recht, über das alle Menschen gleichermaßen verfügen, und verdeutlicht, dass Demokratie, Gleichberechtigung und Sozialfürsorge einander entsprechen. In der Realisierung eines Grundeinkommens besteht die wichtigste Aufgabe für die Bewegung zur Verwirklichung der sozialen Republik.

4 Einschränkung der neoliberalen Enteignungsökonomie durch hohe Besteuerung von Einkommen aus ausbeuterischen Spekulationen und Kapitalerträgen zur Finanzierung des Grundeinkommens

Im Neoliberalismus ist das Volk enteignet worden, indem die Sozialfürsorge vermarktet und öffentliche Güter

privatisiert wurden. Eine solche von Enteignung und Privileg geprägte Wirtschaft kann durch die Einführung eines Grundeinkommens sowie einer Grundversorgung in den Bereichen medizinische Versorgung, Bildung, Wohnen sowie Kinder- und Altenbetreuung als unantastbares soziales Grundrecht überwunden werden. Als Quelle für die Finanzierung von Grundeinkommen und grundlegender Fürsorge soll dabei die starke Besteuerung von Einkommen aus ausbeuterischen Spekulationen sowie Kapitalerträgen dienen. Durch eine starke Besteuerung von Zinsen, Dividenden und Erbbauzins soll der gegenwärtige Steuersatz, der geradezu lächerlich gering ist, auf das durchschnittliche Niveau in der OECD

angehoben und die allgemeine Sozialfürsorge finanziert werden. Damit wird das System kommerzialisierter Sozialfürsorge wieder verstaatlicht. Eine derartige Finanzierung von Grundeinkommen und grundlegender Fürsorge stellt ein der Enteignungsökonomie entgegenwirkendes Programm dar. Mit der steuerlichen Expropriation des finanzkapitalistischen Expropriators wird die neoliberalistische Enteignungsökonomie unter Kontrolle gebracht. Zudem haben diese Maßnahmen auch im Hinblick auf die Einkommensumverteilung eine starke Wirkung. Zusammen mit den Maßnahmen zur Kontrolle des Finanzmarkts und Vergesellschaftung von Finanzinstituten auf der Grundlage des Prinzips

des öffentlich-sozialen Finanzwesens wird diese Besteuerung eins der beiden Hauptwerkzeuge zur Bekämpfung der neoliberalistischen Enteignungsökonomie sein.

5 Das Grundeinkommen kurbelt den Inlandsmarkt an und begünstigt so die gleichzeitige Zunahme von Ausfuhr und Inlandsverbrauch

Die Beziehung zwischen Sozialfürsorge und Wirtschaftswachstum muss dahingehend neu definiert werden, dass Sozialfürsorge kein Nebenprodukt des Wachstums ist, sondern ein eigenständiges Ziel. Durch ein Wachstum ohne Sozialfürsorge werden Ungleichheit und Ungerechtigkeit ständig weiter verschärft.

Doch wenn genau diese die Ursache sind, dass ein Wachstum ausbleibt, ist Wachstum mit und durch Sozialfürsorge die einzige Lösung. Sozialfürsorge ist also kein Instrument mehr, um die negativen Nachwirkungen des Wachstums abzumildern, sondern im Gegenteil eine Voraussetzung für qualifiziertes Wachstum. Insbesondere das Grundeinkommen löst das Problem des durch die Polarisierung von Einkommen verursachten zu geringen Verbrauchs und kurbelt den Inlandsverbrauch an, sodass die gleichzeitige Zunahme von Ausfuhren und Inlandsverbrauch möglich wird. Südkorea, das nicht über einen großen Binnenmarkt verfügt, der mit dem der Vereinigten Staaten, Europas, Chinas, Indiens, Brasiliens oder Russlands vergleichbar wäre, kann das

exportorientierte Modell des Wirtschaftswachstum natürlich nicht sofort ablegen. Die gleichzeitige Zunahme von Export und Inlandsverbrauch bedeutet, dass das Ungleichgewicht zwischen Wachstumsrate des Inlandsverbrauchs und der Wirtschaft langfristig korrigiert wird und kurzfristig die schnelle Zunahme des Inlandsverbrauchs die Rate des Brutto-Wirtschaftswachstums übersteigen wird. Das Grundeinkommen ist ein wirksames Mittel zum Erreichen dieses Ziels. Auch angesichts der schwierigen Lage auf den Weltmärkten, in der der Inlandsverbrauch sich zum entscheidenden Faktor entwickelt hat, ist das Grundeinkommen ein Instrument zur Überwindung der Krise. Die gegenwärtige beispiellose Krise der Weltwirtschaft macht es

unumgänglich, die Beziehung zwischen den Finanzzentren und den exportorientierten Staaten neu zu definieren. Die USA haben trotz des gewaltigen Handels- und Haushaltsdefizits zusätzliche Dollar in den Weltmarkt gepumpt und den Binnenmarkt für die exportorientierten Länder stützen lassen. Diese Ordnung des Weltmarktes steckt so tief in der Krise, dass zwangsläufig eine radikale Veränderung erfolgen muss. Solange Länder wie die Vereinigten Staaten, europäische Staaten und Japan den Markt mit Liquiditätsspritzen aus öffentlichen Mitteln versorgen, können Exportländer wie Südkorea ihr Rekordniveau beim Export beibehalten. Können die erstgenannten Länder ihre Binnenmärkte allerdings nicht länger stützen, steht den Exportländern sowohl im Hinblick auf

die Ausfuhren als auch auf den eigenen Binnenmärkten eine Krise bevor. Deshalb muss, auch wenn die Abhängigkeit vom Handel nicht sofort abgebaut werden kann, dringend ein Übergang zum Modell der gleichzeitigen Zunahme von Ausfuhr und Inlandsverbrauch stufenweise eingeleitet werden. Die Realisierung eines Grundeinkommens bedeutet den allmählichen Übergang zu einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Mit der Einführung eines Grundeinkommens wird das seit langem bestehende Problem der südkoreanischen Wirtschaft gelöst: die Zuspitzung des Ungleichgewichts zwischen Ausfuhr und Inlandsverbrauchs, das eine Kluft zwischen reichen exportorientierten und armen binnenmarktorientierten Unternehmen verursacht, die

wiederum Lohngefälle und soziale Polarisierung zur Folge hat. Das Grundeinkommen legt den Grundstein für ein Ansteigen des Inlandsverbrauchs, mit einem Schwerpunkt auf der unteren Schicht und der Mittelschicht.

6 Das Grundeinkommen ist der Grundpfeiler der Sozialwirtschaft und trägt zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur bei

Arbeitstätigkeiten – auch solche im Haus und im Bereich Betreuung –, die nicht innerhalb eines Arbeitsverhältnisses stattfinden, werden nicht bezahlt, sind jedoch von gesellschaftlicher Bedeutung. Durch die Einführung eines Grundeinkommens erfahren diese Tätigkeiten ge-

sellschaftliche Anerkennung. Zudem erhalten auch freiwillige Tätigkeiten, etwa in Kooperativen oder Unternehmen in Miteigentum, die nicht als Lohnarbeit stattfinden, durch die Einführung des Grundeinkommens eine gesellschaftliche Grundlage. Durch Veränderung der sozialen Form und des gesellschaftlichen Wesens von Arbeit wird mit dem Grundeinkommen eine nichtkapitalistische Sozialwirtschaft innerhalb des Kapitalismus geschaffen. Außerdem begünstigt das Grundeinkommen die qualitative Veränderung der Arbeit. Ein Grundeinkommen in ausreichender Höhe fördert den Übergang zu kreativer wissensbasierter Arbeit und trägt zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur bei. Mit dem Übergang zur Wissensge-

sellschaft wird auch ein Wandel der Gesellschaftsstruktur insgesamt einhergehen. Das Bildungs- und Ausbildungssystem sowie das System der Forschung und Entwicklung sollen zu unabhängigen Systemen gemacht und mit Industrie und Produktion auf eine Ebene gestellt werden, sodass die Zeiten von Ausbildung und Forschung genauso wie die Produktionstätigkeit entlohnt werden. Das Grundeinkommen, das die Verknüpfung zwischen Einkommen und Arbeit für die Produktion löst, ist Grundlage und zugleich Voraussetzung für einen solchen Wandel.

7 Von einer Gesellschaft der Lohnarbeit zu einer Gesellschaft der gesellschaftlich nachgefragten Tätigkeiten, in der die Arbeit aller Menschen wertgeschätzt wird

In einer Zeit der unsicheren Beschäftigung besteht die wichtigste Aufgabe sicher darin, die Unsicherheit des Einkommens der Menschen abzumildern. Hierfür stellt das Grundeinkommen die realistischste und zugleich auch die innovativste Lösung dar. Die Bedeutung des Grundeinkommens als emanzipatorisches Konzept reicht viel weiter als das Konzept der Einkommensgarantie. Das bedingungslose Grundeinkommen schließt vielmehr eine wesentlich radikalere Veränderung der Gesellschaft ein. Durch die

Realisierung eines Grundeinkommens findet ein Übergang von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu eigenständiger, freiwilliger, kreativer Arbeit statt. Sobald sich aus dem Rahmen der Lohnarbeit eine soziale Form von Arbeit herausgebildet hat, kann der Ausschluss von Lohnarbeit quasi eine Befreiung von Lohnarbeit bedeuten. Ein solcher Übergang ist weitaus fortschrittlicher als das Erreichen einer Vollbeschäftigung. Dass unsichere Beschäftigung nicht mehr ein unsicheres Einkommen bedeuten wird, ist hierbei von eher sekundärer Bedeutung: Das Grundeinkommen eröffnet einen neuen Weg, die von Lohnarbeit geprägte Gesellschaft durch Stärkung von unabhängiger, freiwilliger und kreativer Arbeit hinter sich zu lassen. Auf diesem

Weg vereint das Grundeinkommen das Potenzial einer aktiven Überleitung von der Lohnarbeitsgesellschaft zu einer Gesellschaft der gesellschaftlich nachgefragten Tätigkeiten, in der die Tätigkeit aller Menschen wertgeschätzt wird.